

Arbeitsproben Kerstin Kromminga

Arbeitsprobe 8, Pressemitteilung 2012 05 24

AWO fordert parteiübergreifende Ablehnung des Betreuungsgeldes Vorsitzender wendet sich an nieders. Bundestagsabgeordneten

„Die Politik muss für familienfreundliche Rahmenbedingungen sorgen. Das völlig zu Recht als „Herdprämie“ bezeichnete sogenannte Betreuungsgeld ist aber nicht das, was Familien brauchen“, erklärt Axel Plaue, der Vorsitzende des AWO Bezirksverbandes Hannover e.V. angesichts der erneuten Diskussionen um die Einführung des Betreuungsgeldes. „Gerade berufstätige Mütter und Väter benötigen die Gewissheit, einer verfügbaren, verlässlichen und qualitativ hochwertigen Kinderbetreuung und die ist nach wie vor nicht gegeben“, kritisiert Plaue. Es dürfe nicht vergessen werden, dass es beim Betreuungsgeld nicht nur um eine ideologische Frage, sondern um sehr viel Geld gehe. „Geld, das besser in den Ausbau der Kinderbetreuung gesteckt werden sollte“, findet Plaue und fügt hinzu: „Da die Einführung des Betreuungsgeldes auch keinerlei Nutzen für die Kinder erkennen lässt, muss die Regierung diesen Unfug umgehend stoppen.“

Viele Eltern in Niedersachsen suchen verzweifelt einen Betreuungsplatz für ihr Kind und bekommen keinen, da vielerorts das Geld für den geplanten Ausbau fehlt. Auch wenn mittlerweile ein breiter Konsens darüber bestehe, dass der Ausbau von Betreuungsplätzen notwendig sei, fehle es vor allem an Ganztagsplätzen. Diese seien aber, so Plaue, „die Grundvoraussetzungen für eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Familien müssen das Gefühl bekommen, von der Politik unterstützt zu werden.“

„Im Namen der AWO, die sich seit Jahrzehnten für gleiche Teilhabe in der Bildung stark macht und ihre Kindertagesstätten seit jeher als Bildungseinrichtungen, als Ort des gemeinsamen Lebens und Lernens für alle Kinder versteht, fordere ich hiermit alle niedersächsischen Bundestagsabgeordneten auf, gegen die unsägliche Herdprämie zu stimmen,“ betont Axel Plaue. Eine frühzeitige Betreuung ist insbesondere für den Spracherwerb wichtig. Nur jedes siebte Kind unter drei Jahren (14 Prozent), das einen Migrationshintergrund hat, wird in einer Kita oder von einer Tagesmutter betreut. Die Quote bleibt damit deutlich hinter der von Kindern ohne Migrationshintergrund (30 Prozent) zurück. „Der Handlungsbedarf ist riesig und er ist dringend“, erklärt Plaue weiter. „Jeder Euro, der in die frühe Förderung der Kinder investiert wird, zahlt sich später aus. Bund, Länder und Kommunen müssen an einen Tisch, damit alle Kinder die gleichen Bildungschancen bekommen, denn Bildung verhindert Armut.“

In diesem Zusammenhang wird deutlich, dass das Betreuungsgeld allen Bildungs- und Integrationszielen widerspricht, außerdem wird es vom allergrößten Teil der Bevölkerung abgelehnt.